

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVIII/26

6. Februar 1973

Antwort an Erich Honecker

-----  
Kommen wir vom Nebeneinander zum Miteinander?

Seite 1 / 41 Zeilen

Demokratischer Sozialismus: Dimension Zukunft

-----  
Anmerkungen zu Denkkategorien einer neuen  
Futurologie

Von Dr. Claf Schwenke MdB

Seite 2 und 3 / 85 Zeilen

Niedersachsen entwickelt Schulrecht weiter

-----  
Übereinstimmung mit der katholischen Kirche  
über die Bekenntnisschule

Von Staatssekretär Dr. Ernst C. Mahrenholz  
Leiter der niedersächsischen Staatskanzlei

Seite 4 und 5 / 82 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und  
----- Eingliederung"

Antwort an Erich Honecker

Kommen wir vom Nebeneinander zum Miteinander?

Die Aussage Erich Honeckers, daß zwischen der Bundesrepublik und der DDR "die Rede von einem friedlichen Nebeneinander, ja Miteinander war und ist", soll nicht ungehört verhallen. Der Erste SED-Sekretär ist in seinen Darlegungen vor der Ostberliner Parteihochschule "Karl Marx" von der jetzt gegebenen Voraussetzung ausgegangen, daß die Profilierung der DDR als souveräner sozialistischer Staat die entscheidende Voraussetzung für die internationale Anerkennung und auch für die Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen der DDR und der Bundesrepublik sei. Und friedliche Koexistenz bedeute, so sagte Honecker, auch Zusammenarbeit; das aber wiederum bedeute kein Verwischen ideologischer Gegensätze.

Erich Honecker rennt in der Bundesrepublik offene Türen ein. Es gibt im Prinzip keine Differenzen zu der Aussage über friedliche Koexistenz, Zusammenarbeit, Nebeneinander und Miteinander ohne Verwischung der ideologischen Gegensätze. Wenn diese Grundsätze nicht nur verbale Prinzipfeststellungen bleiben, sondern wenn beide Seiten, es sei wiederholt: beide Seiten mit dem festen Willen darangehen, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die sich vom Neben- zum Miteinander weiterentwickeln soll, mit ständig flutendem und ständig erkennbarem Leben zu erfüllen, dann wären wir im Interesse der deutschen Mitte Europas und des Friedens in Europa ein großes Stück weiter.

Erich Honeckers progressiv wirkenden Aussagen werden dem Fortschritt zum Miteinander freilich nur förderlich sein können, wenn der heutige Alltag des DDR-BRD-Nebeneinanders Schritt für Schritt aus seiner grauen Tristheit herausgeführt wird. Ideologische Gegensätze, die nicht abgestritten werden sollen, weil sie nicht verwischt werden können, sind noch lange keine "Feindbilder", die der stellv. DDR-Verteidigungsminister Waldemar Verner gerade jetzt erst so hart in den Raum gestellt hatte. Die friedliche Koexistenz, für die der erste Mann der SED mit unserer Zustimmung so offen eintritt, kann mit "Feindbildern" und allen sich daraus ergebenden Konsequenzen nicht leben und nicht wachsen: sie stirbt daran. (cc/6.2.1973/bgy/ee)

+ + -

Demokratischer Sozialismus: Dimension Zukunft

---

Anmerkungen zu Denkkategorien einer neuen Futurologie

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Die Zukunfts-Euphorie ist verflogen. Willy Brandts zweite Regierungserklärung ist dafür symptomatisch. Indem sie in ihrer vorsichtig verhaltenen Nüchternheit Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft perspektivisch verschränkt, macht sie zugleich das sie politisch konstituierende ethische Koordinatensystem transparent: konkreten gesellschaftspolitischen Reformen kommt um der Wohlfahrt des einzelnen Menschen willen die Priorität zu!

Diese Intention wurde von einer außergewöhnlich breiten Bevölkerungsgruppe erkannt und publizistisch weithin gewürdigt. Auch in der parlamentarischen Debatte über die Regierungserklärung wurde von beiden Seiten diese Tendenz nicht verwischt, sondern in weiteren Konkretionen und durch - für mein Verständnis nicht nur gescheiter - Nachfragen im wesentlichen fortgesetzt.

Begrenzt sich das zweite Kabinett Brandt-Scheel damit selbst auf "pragmatische Politik"? Kritiker links der sogenannten "Neuen Mitte" haben diese Vermutung verständlicherweise deutlich geäußert. Und Sprecher der Opposition, voran der Oppositionsführer selbst, haben diesen Eindruck tendenziell zu pointieren versucht. Nur wer die Regierungserklärung sehr oberflächlich liest, findet sie durch "sozialkonservative" Züge ("Deutsche Zeitung") bestimmt: Frieden, Solidarität und Lebensqualität sind und bleiben Schlüsselbegriffe Brandt'scher Politik. Sie markieren politische Ziele, die sich nicht auf kurzatmige Wahl-Überlegungen und tagesopportune Schritte beschränken, sondern Zukunft im emanzipatorischen Sinne konstituieren und diese für den "Bürger" zu realisieren suchen. Anders gefragt: Könnte nicht gerade in der Konkretheit der Regierungs-Vorhaben deutlich werden, welche längerfristigen Ziele einem demokratischen Sozialismus erreichbar erscheinen?

Erst daraus ergeben sich Hinweise auf zukunftsorientierte Planungen, die über Legislaturperioden hinausgreifen und durch bloße technokratische und ökonomische Fortschreibungen nicht zu erreichen sind. In einem Aufsatzband, der unter dem Titel "Ansichten einer künftigen Futurologie" in Kürze beim Münchener Hanser-Verlag (Reihe Hanserband 112) erscheint, sind damit zusammenhängende Grundsatzprobleme aus der Sicht von Theorie und Praxis, Politik und Wissenschaft erörtert. Wer Ansätze einer gesellschaftspolitisch orientierten "Zukunftsbewältigung" unter verschiedenen wissenschaftskritischen Aspekten kennenlernen will, wird in den Beiträgen von Futurologen aus der Bundesrepublik sowie

aus West- und Osteuropa wichtiges Studienmaterial und Denk-Modelle finden.

Futurologie - falls es eine "Zukunfts-Lehre" überhaupt gibt - begreift sich nach dem "Internationalen Loccumer Kolloquium zur Kritik der Zukunftsforschung" und dem Bukarester "III. Weltkongreß zur Zukunftsforschung" vom vergangenen Jahr nicht mehr als ein nur auf Ökonomie und Technokratie bezogenes Arbeitsfeld, sondern als eine auf den Menschen mit seinen jeweiligen Möglichkeiten und Bedürfnissen abzielende politische Wissenschaft. Die Futurologie ist damit weniger eine neue wissenschaftliche Disziplin, als vielmehr ein problemorientierter, interdisziplinär arbeitender Forschungszweig mit konkreter Aufgabenstellung.

In dem genannten Buch werden - sei es durch den Begründer der "Futurologie", Ossip K. Flechtheim, oder den bekanntesten unter den Zukunftsforschern, Robert Jungk, sei es durch den jugoslawischen marxistischen Philosophen Mihailo Marković oder den Ministerialdirektor im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Winfried Böll, und sei es durch den schwedischen Schriftsteller Lars Gustafsson oder den holländischen Soziologen Bart van Steenbergen - Elemente, Kriterien und Ziele einer zweiten Phase der Futurologie definiert, die zugleich auch Bausteine einer Theorie kritischer Gesellschaftspolitik sind.

Wenn ich Kernsätze der Regierungserklärung in längerfristiger Dimension richtig interpretiere, sind sie global und national gesellschaftskritisch orientiert. Z.B. meint Brandts Satz, daß die "Erhaltung des Friedens... vor der Frage der Nation (rangiere)", doch wohl auch die kardinalen Challenges, die Forschungsziele politisch orientierter Futurologie: "Eliminierung des Krieges und Institutionalisierung des Friedens, Beseitigung von Hunger und Elend und Stabilisierung der Bevölkerungszahl, Verminderung der Repression und Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, Beendigung des Raubbaus und Schutz der Natur und des Menschen vor sich selber, Abbau von Entleerung und Entfremdung und Schaffung eines neuen kreativen homo humanus" (Ossip K. Flechtheim).

Man wird darüber nachdenken müssen, wie globale existentielle Bedrohungen nicht nur partiell abgewendet werden können, sondern wie ihre Ursachen zu beseitigen sind. Ob das im Rahmen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung möglich ist, bleibt zweifelhaft. Eröffnen sich nicht viel größere Chancen im Horizont des politisch Machbaren - in der Aktivierung von Vernunft und Phantasie -, wenn Wege erschlossen werden, die weder nur durch eine kapitalistische noch durch eine staatskommunistische Gesellschaftsordnung fixiert sind?!

Wenn die obengenannten Begriffe aus der Regierungserklärung zugleich auch die maßgebenden humanen Ziele sind, wird der Prozeß kritischen Nachdenkens aller Betroffenen auch politische Konsequenzen haben müssen.

(-/6.2.1973/ks/ex)

Niedersachsen entwickelt Schulrecht weiter

Übereinstimmung mit der katholischen Kirche über die Bekenntnisschule

Von Staatssekretär Dr. Ernst Gottfried Mahrenholz

Leiter der niedersächsischen Staatskanzlei

Im Dezember 1972 haben der niedersächsische Kultusminister Prof. Dr. von Qertzen und der Apostolische Nuntius Übereinstimmung über die künftigen Möglichkeiten zu bekenntnisgebundener Erziehung im Schulwesen in Niedersachsen erzielt. Verhandlungen hierüber waren nötig geworden, nachdem das Land als schulpolitisches Nahziel die Einrichtung von obligatorischen Orientierungsstufen für das 5. und 6. Schuljahr erklärt hat. Diese Orientierungsstufen sollen organisatorisch selbständig sein. Auf ihnen soll dann, zunächst noch dreigliedrig, die Hauptschule, die Realschule und das Gymnasium aufbauen.

Niedersachsen hatte 1965, nach jahrelangen Verhandlungen, den seit 1953 andauernden Schulstreit zwischen dem Land und der katholischen Kirche, der bis zum Bundesverfassungsgericht getrieben worden war, durch ein Konkordat beigelegt, das Spielraum für die Schulentwicklung läßt, aber der katholischen Kirche das grundsätzliche Recht auf die Errichtung von Bekenntnisschulen garantiert, soweit dadurch nicht Gemeinschaftsschulen beeinträchtigt werden.

So konnten auch jetzt die Vereinbarungen im Rahmen der geltenden Bestimmungen des Konkordats getroffen werden, wobei beide Seiten sich freilich vorbehalten haben, demnächst auch das Konkordat selbst im Wortlaut den neuen Regelungen anzupassen.

Diese sehen vor, daß im Bereich der bisherigen Volksschuloberstufe (Klassen 5 bis 9) öffentliche Bekenntnisschulen in Niedersachsen nicht mehr weiterbestehen werden. Diese Schultypen werden nur noch im Grundschulbereich möglich sein; sie sind auch dort nach traditionellem niedersächsischen Recht keine Schulen, die pflichtmäßig im Geiste des Bekenntnisses erziehen, sondern Schulen, in denen die Bekenntniszugehörigkeit von Lehrern und Schülern übereinstimmen. Dadurch wird der Pädagogik an diesen Schulen ein weiterer Spielraum eingeräumt und Streit zwischen Staat und Kirche über die Bekenntnistreue von Lehrern vermieden.

Für den Bereich der Orientierungsstufe und der Hauptschule sieht die Regelung folgendes vor: In 16 Orten mit besonders starkem katholischen Bevölkerungsanteil bzw. einer beachtlichen Zahl von Katholiken können die bisherigen Oberstufen der öffentlichen Volksschulen für Schüler des katholischen Bekenntnisses in

insgesamt 18 Hauptschulen und Orientierungsstufen in kirchlicher Trägerschaft umgewandelt werden: In Osnabrück und Hildesheim können je zwei solcher Schulen, in Cloppenburg, Duderstadt, Georgsmarienhütte, Göttingen, Hannover, Lingen, Löhne, Meppen, Nordhorn, Oldenburg, Papenburg, Vechta, Wilhelmshaven und Wolfsburg kann je eine solche Schule entstehen.

Voraussetzung ist, daß die Mehrheit der Erziehungsberechtigten nicht widerspricht, und daß der Besuch von Gemeinschaftsschulen am gleichen Ort innerhalb erreichbarer Entfernung nicht infrage gestellt wird. Ferner muß die katholische Kirche in Verhandlungen mit den Kommunen erreichen, daß diese ihr die entsprechenden Schulgebäude unentgeltlich überlassen.

Für die so entstehenden kirchlichen Privatschulen ist eine stärkere staatliche Finanzhilfe vorgesehen; so beträgt der Zuschuß zu den Personalkosten 100 vH. statt sonst 90 vH., außerdem wird das Land 15 vH. der sächlichen Kosten tragen und sich an baulichen Investitionen im gleichen Umfang wie bei kommunalen Schulträgern beteiligen. Bei dieser Finanzhilfe wurde berücksichtigt, daß die bisherigen Oberstufen der öffentlichen Volksschulen für Schüler des katholischen Bekenntnisses wie alle anderen öffentlichen Schulen zu 100 vH. von der öffentlichen Hand finanziert wurden, und zwar sowohl hinsichtlich der Personal- als auch der Sachkosten.

Ferner ist in Art. 5 der katholische Charakter der demaligen Pädagogischen Hochschule Vechta gewährleistet, die inzwischen eine Abteilung der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen geworden ist und die künftig als Abteilung in die Universität Osnabrück einbezogen werden soll. Hier wird den Interessen der katholischen Kirche für die Zukunft dadurch Genüge getan, daß in Osnabrück und Vechta ein personell und sachlich gut ausgestatteter gemeinsamer Fachbereich für katholische Theologie und Religionspädagogik eingerichtet werden soll.

Die katholische Kirche hat also im Grundsatz die moderne Schulentwicklung voll akzeptiert, und sie versucht auf dieser Basis dort, wo es von der Bevölkerungszahl her möglich ist, ein eigenes Schulwesen zu etablieren.

Die Konsequenzen für die evangelische Seite bleiben noch abzuwarten. Die evangelische Kirche hat in Niedersachsen grundsätzlich von vornherein die Gemeinschaftsschule bejaht. Es gibt allerdings auch noch evangelische Bekenntnisschulen. Wo die Schülerzahl für eine solche Bekenntnisschule für eine Privatschule ausreicht, Eltern sie wünschen und die evangelische Kirche bereit ist, sie mitzufinanzieren, kann es auch evangelische Hauptschulen in privater Trägerschaft geben. Dies wird höchstens an zwei bis drei Orten der Fall sein.

Die Texte werden demnächst im vollen Umfange der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.  
(-/6.2.1973/ks/ex)